

Pressemitteilung

Kohlekraftwerk Datteln beim Landesparteirat von Bündnis 90/Die Grünen in NRW:

„Grüne Minister dürfen Kohle-Kröte nicht schlucken“

Campact-Aktive warnen NRW-Grüne mit riesiger Kröte vor juristischen Winkelzügen zugunsten des Kraftwerks-Schwarzbaus in Datteln / Weiterbau von gerichtlich gestopptem Kraftwerk muss politische Konsequenzen haben

Mülheim/Ruhr, 14.11.2010. Am Rande des Landesparteirats von Bündnis 90/Die Grünen in Nordrhein-Westfalen hat das Kampagnen-Netzwerk Campact politische Konsequenzen im Fall des Weiterbaus des Kohlekraftwerks Datteln IV gefordert. Die Grünen machten sich unglaublich, wenn sie dem Versuch des Koalitionspartners SPD das Kohlekraftwerk mit einer zweiten „Lex Eon“ zu retten, nichts entgegenzusetzen würden. Campact-Aktive protestierten mit einer großen „Kohlekröte“, diese dürften die Grünen auch an der Regierung nicht schlucken.

„Der Versuch der SPD im Regionalverband Ruhr, mit einem Zielabweichungsverfahren ein juristisch zulässiges Kohlekraftwerk in Datteln zu ermöglichen, bedeutet den kalkulierten Koalitionsbruch“, sagte Ferdinand Dürr von Campact. Sowohl die Regionalversammlung als auch der Landtag werden von rot-grünen Bündnissen dominiert. „Weder dürfen sich die Grünen auf Regionalebene für die Interessen des Energiekonzerns Eon einspannen lassen, noch kann ein Koalitionsbruch ohne Folgen bleiben. Wenn die SPD den Klima-Killer Datteln unbedingt will, dürfen die Grünen diese Kohle-Kröte nicht schlucken, sondern müssen die Koalition aufkündigen.“

Der Bau des Kohlekraftwerks in Datteln war vom Oberverwaltungsgericht Münster unter anderem aus Klimaschutzgründen gestoppt worden. Rot-Grün hat sich im Koalitionsvertrag darauf geeinigt, die rechtlichen Grundlagen für das Kraftwerk nicht zu verändern, sondern auf eine juristische Klärung zu setzen. „Ein Zielabweichungsverfahren setzt die landesplanerische Basis außer Kraft. Wir verlangen von der SPD, dass sie Recht und Gesetz erhält – und nicht etwa nach Umwegen sucht, um Europas größten Klima-Killer doch noch ans Netz gehen zu lassen. Sollte sie sich jedoch zum Büttel des Energiekonzerns machen, müssen die Grünen die Konsequenzen ziehen und die Landesregierung aufkündigen“, forderte Dürr.

Bereits vor der Landtagswahl im vergangenen Mai machten die Bürger in NRW ihre Ablehnung gegenüber der klimaschädlichen Kohlekraft deutlich. Gemäß einer repräsentativen Emnid-Umfrage sehen knapp 70 Prozent der Bürger Nordrhein-Westfalens den Neubau von Kohlekraftwerken skeptisch. Unter den SPD-Wählern sprachen sich 78 Prozent gegen neue Kohlekraftwerke aus, bei den Wählern der Grünen 85 Prozent. „Wir erwarten von einer neuen Landesregierung, dass sie nicht länger Lobbyinteressen über den Mehrheitswillen der Bevölkerung stellt. Nordrhein-Westfalen muss endlich wegkommen von der Kohlekraft“, warnte Dürr.

Pressekontakt vor Ort:

Ferdinand Dürr, Klimaexperte von Campact, mobil 0176-21719335